**Zeitschrift:** Freiburger Geschichtsblätter

**Herausgeber:** Deutscher Geschichtsforschender Verein des Kantons Freiburg

**Band:** 70 (1993)

**Artikel:** Französisch war die Sprache der Regierung : zum langsamen Emanzipationsprozess der deutschfreiburgischen Minderheit

**Autor:** Altermatt, Urs

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-340542

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# FRANZÖSISCH WAR DIE SPRACHE DER REGIERUNG

## Zum langsamen Emanzipationsprozeß der deutschfreiburgischen Minderheit

URS ALTERMATT

1903 machte der Geschichtsprofessor Albert Büchi folgende Beobachtung über die Sprachenfrage in Freiburg[1]: «Die deutschen Protestanten sind erheblich widerstandsfähiger, indem sich bei ihnen das religiöse mit dem nationalen Moment verbindet, während die Mehrzahl der deutschen katholischen Eltern kein Interesse daran findet, die Kinder der Nationalität ihrer Eltern zu erhalten, da ihnen die französische Bildung ein besseres Auskommen und mehr Aussichten für eine Zukunft in Freiburg bietet»[2].

Was Büchi hier antönt, stellt in der Tat einen Nachteil der deutschfreiburgischen Minderheit im Kanton Freiburg dar: die geographische Zerrissenheit, die fehlende politische und konfessionelle Einheit, das mangelnde Selbstbewußtsein.

[1] Die Sprachengeschichte von Stadt und Kanton Freiburg ist noch nicht aufgearbeitet worden. Die bisherigen Veröffentlichungen haben meist den Charakter von Erinnerungen und Memoiren oder beschränken sich auf Berichte und Gutachten. Hervorheben möchte ich die Lizentiatsarbeit von Jean-Claude Hayoz, der ich wertvolle Hinweise verdanke. – Ich danke meinem Assistenten Markus Hodel für seine Mitarbeit. – Abkürzungen: FG = Freiburger Geschichtsblätter; FN = Freiburger Nachrichten.

[2] Albert BÜCHI, *Die deutsche Sprache in der Westschweiz: Die Sprachgrenze im Kanton Freiburg,* in: Schweizerische Rundschau (1902/03), S. 123, zit. nach: Jean-Claude HAYOZ, *Das freiburgische Sprachen- und Regionenproblem in der Zwischenkriegszeit,* Ungedr. Lizentiatsarbeit Universität Freiburg, Freiburg 1982, S. 15.

Um die deutsche Sprache war es im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Stadt und Kanton Freiburg schlecht bestellt[3]. Deutsch war nur bedingt als Amtssprache anerkannt; die Sprache der Regierung war französisch; und die Freiburger Behörden taten sich dadurch hervor, daß sie die Sprache der Minderheit benachteiligten. 1894 teilten die Behörden den deutschen Gemeindeschulen in der Stadt einen Inspektor zu, der des Deutschen überhaupt nicht mächtig war[4].

Zentraler Ansatzpunkt für die Sprachenpolitik der Behörden war das Schulwesen[5]. In der Real- und Handelsabteilung des Kollegiums St. Michael, in der höheren Mädchenschule und in der Gewerbeschule gebrauchte man ausschließlich Französisch als Unterrichtssprache. Nur die Gymnasialabteilung des Kollegiums wurde bis zur 6. Klasse auch auf deutsch geführt[6].

Da der deutschsprachige Sensebezirk als Armenviertel des Kantons galt und das mehrheitlich deutschsprachige Auquartier in der Stadt Freiburg nach dem Bau der Eisenbahn und der Hängebrücke wirtschaftlich an den Rand gedrückt wurde, erweckte die deutsche Kultur in Freiburg um die Jahrhundertwende von 1900 die Vorstellung von Inferiorität. Viele deutschsprechende Einwanderer versuchten dieses Odium abzustreifen und stellten in der Familie auf ein gebrochenes Französisch um[7]. Zahlreiche Kinder aus deutschsprachigen Familien besuchten die französischen Schulklassen, um so die sprachlichen Nachteile aufzuholen[8].

Auch in den katholischen Stadtpfarreien verschlechterte sich die Lage der deutschen Sprache um 1870[9]. Die Reorganisation der Pfarreiverhältnisse in Freiburg ging zu Lasten der Deutschsprachigen. So waren ab 1872 von der Kanzel in der St. Niklaus-Kirche deutsche Predigten nicht mehr zu hören.

[3] Vgl. HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem;* Peter BOSCHUNG, *Die freiburgische Sprachenfrage. Leidensgeschichte und Aufbruch einer Minderheit,* Freiburg 1989, S. 38ff.

[4] HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem,* S. 16.

[5] BOSCHUNG, *Sprachenfrage* (wie Anm. 3), S. 48ff.; S. 87.

[6] HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem* (wie Anm. 2), S. 15.

[7] Ebenda, S. 14ff.

[8] Ebenda, S. 15.

[9] *Die deutsche Seelsorge in der Stadt Freiburg,* Freiburg 1893, S. 113ff.; Emil Franz Josef MÜLLER, *Die Anfänge des Deutschen katholischen Männervereins zu Freiburg i. d. Schweiz (1889-98),* Freiburg 1941, S. 31ff.

Es entsprach ihrer sozialen und kulturellen Rückständigkeit, daß die Deutschsprachigen, vorab die Sensler, in den politischen Behörden lange Zeit kaum vertreten waren[10].

Die Lage der deutschsprachigen Minderheit sah am Ende des 19. Jahrhunderts alles andere als gut aus. Man versteht, daß die Deutschfreiburger nur zaghaft ein eigenes Bewußtsein entwickelten und erst spät die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von der frankophonen Mehrheit forderten.

Der Emanzipationsprozeß vollzog sich über ein ganzes Jahrhundert hinweg und lief – soweit ich dies aufgrund der spärlichen Literatur sehe – in drei großen Phasen ab. Mit diesem hier erstmals vorgelegten Ablaufsmodell möchte ich weitere Forschungen über die Freiburger Sprachenfrage anregen. Obwohl die Zweisprachigkeit ein Wesensmerkmal von Freiburg darstellt, ist die Sprachengeschichte bis heute eine «terra incognita» geblieben – ein typisches Symptom für die Tabuisierung der Minderheitenfrage.

## *Erste Phase 1880–1914: Das Erwachen der Deutschfreiburger Sprachenminderheit*

Bis zum Ersten Weltkrieg bestand nie ein Zweifel darüber, daß die Sprache der kantonalen Regierung französisch war. Zwar war das Französische nicht mehr – wie in der radikalen Verfassung von 1848 – allein anerkannte Regierungssprache, doch auch die konservative Staatsverfassung von 1857 machte aus ihrer Bevorzugung der französischen Sprache keinen Hehl, indem sie für Gesetze, Dekrete und Beschlüsse den französischen Text zum «Urtext» deklarierte[11].

Sieht man vom Murtner Johann Anton Engelhard ab, der 1857 nicht einmal ein ganzes Jahr in der Regierung saß, war der *deutsche Bevölkerungsteil während fünfzig Jahren nicht im Staatsrat* vertreten[12].

[10] Hayoz, *Sprachen- und Regionenproblem* (wie Anm. 2), S. 73ff.
[11] Ebenda, S. 57ff.; Boschung, *Sprachenfrage* (wie Anm. 3), S. 39ff.
[12] Zur Besetzung der politischen Ämter vgl. Hayoz, *Sprachen- und Regionenproblem,* 73ff.; Boschung, *Sprachenfrage,* S. 56ff.

1871 schlug der Sensler Philipp Waeber die Wahl aus gesundheitlichen Gründen aus. Von 1906 bis 1909 hatte die freisinnige Partei in der Person von Anton Weißenbach einen deutschsprachigen Staatsrat in der Regierung[13].

Die Bevormundung der deutschsprachigen Minderheit kam auch darin zum Ausdruck, daß welsche Staatsräte aus patrizischen Familien, die im Sensebezirk seit Generationen großen Landbesitz und zum Teil Gemeindebürgerrechte besaßen, formell den deutschsprachigen Sensebezirk in der Kantonsregierung repräsentierten. So etwa Henri Schaller von 1856 bis 1899 oder Marcel von der Weid von 1914 bis 1936.

Der freiwillige Sprachenproporz, der im Bundesstaat von 1848 von Anfang an praktiziert wurde, war im Kanton Freiburg nicht üblich. In der Periode der Alleinherrschaft der konservativen Partei von 1861 bis 1906 waren die Staatsräte durchwegs französischer Muttersprache, auch wenn sie zum Teil gut deutsch verstanden[14].

Daß die Diskriminierung der Deutschsprachigen im Regierungsrat kein Zufall war, geht daraus hervor, daß die frankophonen Freiburger selbst das *Oberamt des Sensebezirks* mit Sitz in Tafers für sich beanspruchten. Bis 1884 hatten französischsprachige Patrizier aus der Stadt das politisch wichtige Amt inne; und noch 1911 bis 1918 residierte Rodolphe Wuilleret als letzter französischsprachiger Oberamtmann in Tafers[15]. Man versteht, daß die Sensler im 19. Jahrhundert als lammfromme Untertanen angesehen wurden.

Wenn man die Entwicklungsphasen von Minderheitenkonflikten kennt, erstaunt es nicht, daß sich der Widerstand der Deutschfreiburger zuerst *auf religiös-kirchlichem Gebiet* äußerte. Dank des evangelisch-reformierten Glaubens konnten sich die Murtner Protestanten besser von Freiburg abgrenzen. Die deutschsprechenden Katholiken bekundeten umgekehrt Mühe, eine eigene Identität zu entwickeln. Das hing damit zusammen, daß die kirchlichen und politischen Eliten in den Kulturkampfjahren die katholische Solidarität betont hatten. Die katholische Lagermen-

[13] HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem,* S. 92.
[14] Ebenda, S. 91ff.
[15] Ebenda, S. 113ff.

talität mit den Katholisch-Konservativen war für die Sensler wichtiger als die Sprachenloyalität mit den protestantisch-liberalen Murtenbietern.

Da die katholischen Gottesdienste für die Stadtfreiburger um die Mitte der 1870er Jahre auf deutsch nicht mehr regelmäßig gewährleistet waren, machte sich in der betroffenen Bevölkerung Unwillen breit[16]. 1875 erbauten die Reformierten – meist eingewanderte Berner – ihre erste Kirche in der Stadt. Der katholische Klerus mußte nun handeln, wenn er die deutschsprachigen Kirchgänger nicht benachteiligen und vor den Kopf stoßen wollte.

Auf Initiative von *Josef Tschopp*, seines Zeichens Dekan, Schulinspektor und Chorherr, konstituierte sich am 22. Dezember 1889 der *«Deutsche katholische Männerverein»*[17]. Wie die Katholikenvereine in der deutschen Schweiz umfaßte der Männerverein eine sozial heterogene Mitgliedschaft, Handwerkersleute und Hochschullehrer, Schweizer, Reichsdeutsche und Österreicher. An der Gründungsversammlung nahmen verschiedene Hochschulprofessoren, darunter der aus Westfalen stammende Germanist Franz Jostes und die aus der Deutschschweiz eingewanderten Historiker Albert Büchi und Heinrich Reinhardt, teil.

Der Verein bemühte sich darum, die Seelsorge in der Stadt zu verbessern. In einer Eingabe kritisierte er, daß im gut katholischen Freiburg trotz der fünfzig bis sechzig Priester für die dreitausend deutschsprachigen Katholiken keine Pastoration vorhanden sei und die Kinder ohne geregelten religiösen Unterricht aufwachsen müßten[18].

Die Angelegenheit konnte 1892 mit staatlicher und kirchlicher Hilfe bereinigt werden. Vorausgegangen war eine Interpellation des Sensler Großrates Joseph Jungo, der sich über die «Unterdrückung des deutschen Gottesdienstes» in der Stadt beklagte. Dadurch würden die katholischen Deutschfreiburger «in ihren religiösen und patriotischen Gefühlen tief verletzt...»[19].

[16] Vgl. *Deutsche Seelsorge* (wie Anm. 9), S. 116ff.
[17] Zur Gründungsgeschichte des «Deutschen katholischen Männervereins» vgl. MÜLLER, *Anfänge* (wie Anm. 9).
[18] Ebenda, S. 35.
[19] Ebenda, S. 49.

Das erstarkte Selbstbewußtsein der katholischen Deutschfreiburger hatte zunächst auf der kulturellen Ebene Auswirkungen. In der «Freiburger Zeitung» vom 25. Juli 1893 regte Tschopp die Gründung eines deutschsprachigen Geschichtsvereins neben der «Société d'histoire» an: «Über ein halbes Jahrhundert haben die Deutschen geschlafen. Wäre es nicht an der Zeit, daß wir aufwachen, unsere bescheidenen Kräfte mobil machen würden zur Gründung einer deutschen historischen Gesellschaft?»[20]

Als Geburtshelfer des *«Deutschen Geschichtsforschenden Vereins des Kantons Freiburg»*[21] tat sich der junge Geschichtsprofessor *Albert Büchi* hervor. Wie in andern Minderheitenkonflikten spielte auch in Freiburg die Geschichtsforschung eine wichtige Rolle, da der Bezug auf die Tradition identitätsstiftende Bedeutung besaß und das Gemeinschaftsbewußtsein förderte. Im Falle des Kantons Freiburg war ferner bedeutungsvoll, daß der Geschichtsverein erstmals Kulturschaffende, darunter Geistliche und Pfarrer, aus den katholischen *und* protestantischen Regionen des Kantons zusammenführte und damit im konfessionell, regional und historisch gespaltenen Deutschfreiburg eine Einheit herzustellen versuchte.

Eines steht fest: Ohne Männerverein und ohne Geschichtsverein hätten die Deutschfreiburger Eliten ihre sprachliche Identität kaum oder viel später gefunden. Diese Vereine bauten auf den Vorarbeiten auf, die die *Presse*[22] geleistet hatte. Wenn man sich den wirtschaftlichen Entwicklungsstand vor Augen hält, verwundert es nicht, daß die reformierten Murtner 1841 mit dem «Murten Anzeiger» vorangingen. Die katholischen Deutschfreiburger folgten erst eine Generation später nach: 1862 erschien «Die Sense», ein Wochenblatt für Land und Volk; 1865 kam die «Freiburger Zeitung» zweimal wöchentlich heraus; und seit 1904 gingen die «Freiburger Nachrichten» in Druck, ab 1916 als Tageszeitung.

[20] FG 1 (1894), S. V.

[21] Zu den Anfängen des Geschichtsvereins vgl. die Beiträge von Peter F. Kopp und Ernst Tremp in diesem Band.

[22] Vgl. Otto Allemann, in: *100 Jahre «Freiburger Nachrichten». Festgabe zum Zentenarium der «Freiburger Nachrichten» 1863–1963,* Freiburg 1963, S. 15ff.

Ganz im Sinne des ultramontanen Zeitgeistes verstanden sich die katholischen Zeitungen zunächst als Bollwerke des Glaubens und der Kirche. Auch im Pressewesen standen die religiös-kirchlichen Anliegen im Vordergrund. Doch kamen von Anfang an politische und kulturelle Themen hinzu, so daß die Zeitungen zu Sprachrohren der deutschsprachigen Minderheit heranwuchsen.

In der Alltagskultur des breiten Volkes waren die Kalender, die «Brattig», als illustrierte und volkstümliche Medien wichtig. 1910 gründeten wiederum Geistliche als katholisches Pendant zu den beliebten reformierten Kalendern den *«Volkskalender für Freiburg und Wallis»*.

Im Vergleich mit andern Schweizer Regionen hinkte Katholisch-Deutschfreiburg im Presse- und Vereinswesen hinterher. Eigentlich war es die Gründung der *Universität* im Jahre 1889[23], die der deutschsprachigen Kultur in Freiburg neue Impulse gab. Weil die Universität auswärtige Intellektuelle und Akademiker deutscher Muttersprache nach Freiburg brachte, gewann das Deutsche an Ansehen. Im Unterschied zu den einheimischen Bauern, Tagelöhnern, Arbeitern und Handwerkern pochten die Professoren und Studenten auf ihre sprachliche Identität. Man darf sogar die These wagen, daß die Stadt Freiburg ohne Universität bis zum Ersten Weltkrieg viel stärker romanisiert worden wäre.

1895 gründeten die Deutschschweizer Studenten eine Sektion des «Schweizerischen Studentenvereins», die sie bezeichnenderweise *«Alemannia»* nannten[24]. Die zweisprachige «Romania» brach an den alltäglichen Reibereien auseinander[25]. In der Pension des Chorherren Josef Tschopp fanden die deutschsprachigen Dozenten um 1890 ihren ersten gesellschaftlichen Treffpunkt.

[23] Vgl. *Geschichte der Universität Freiburg 1889–1989. Institutionen, Lehre und Forschungsbereiche.* 3 Bde., Freiburg 1991–1992, besonders meinen Beitrag: Urs ALTERMATT, Anfänge, Krise und Konsolidierung (1889–1914), Bd. 1, S. 75–140.

[24] Vgl. Urs ALTERMATT et al., *«Den Riesenkampf mit dieser Zeit zu wagen...» Schweizerischer Studentenverein 1841–1991,* Luzern 1993, S. 91f.

[25] Vgl. Sebastian GÜTER, *Geschichte des Schweizerischen Studentenvereins,* Luzern 1913, S. 367.

1904 machte der Geschichtsverein einen ersten größeren kulturpolitischen Vorstoß[26]. Er bat die PTT, einen Poststempel mit dem Aufdruck «Freiburg im Üchtland» einzuführen. Die Kreisdirektion in Lausanne lehnte im Einvernehmen mit dem Freiburger Gemeinderat ab.

### *Zweite Phase 1914–1945: Die ersten politischen Erfolge*

Der Übergang von der ersten zur zweiten Phase erfolgte während des Ersten Weltkrieges. Der durch die Kriegsallianzen bedingte *Graben zwischen Deutsch und Welsch* führte in der Stadt Freiburg zu offenen Feindseligkeiten. Wie in allen Minderheitenkonflikten stärkten diese Vorfälle das Identitätsbewußtsein der Deutschfreiburger. Ihre Zeitung schrieb 1915: «Will [die Behörde] zusehen, wie alles was hier deutsch spricht, wie Parias behandelt wird...?»[27].

Es kam zu Zwischenfällen, bei denen sich Deutsch- und Französischsprachige auf der Straße und in Wirtshäusern schikanierten. Die Deutschen galten als «sales boches»[28], als «Schweinehunde». Die Spannungen entluden sich oft im Universitäts- und Studentenmilieu. Einem Hochschullehrer – so berichten die «Freiburger Nachrichten» – sei ein Anschlag an die Türe geheftet worden mit der Aufschrift: «Prends garde à ta conduite, tu gagnes ton pain à Fribourg, sâle boche!!! – Vive la France! Schnorezue»[29]. In einer Klageschrift schrieben die «Alemannen», daß sie auf der Hauptwache der Freiburger Polizei häufig mißhandelt würden. In den 1920er Jahren lieferten sich die «Alemannia» und die welsche Stadtpolizei eigentliche Scharmützel. 1916 belagerte

[26] FG 11 (1905), S. VIII.

[27] FN, 16. März 1915. – «... man kennt ja das welsche Temperament, das leichter in Wallung gerät, das welsche Blut, das im Augenblicke sich schwerer zurückdämmen läßt, als das des Deutschschweizers.» FN, 2. März 1915.

[28] «Deutschschweizer und Deutsch-Freiburger wurden beim Betreten eines hiesigen Lokals mit ‹Schweinehund›! empfangen.» FN, 16. März 1915.

[29] FN, 16. März 1915.

eine aufgebrachte Volksmenge das Restaurant «Autruche», wohin sich die Deutschschweizer Studenten geflüchtet hatten[30].

Vorangetrieben durch die Sprachenkonflikte im Umfeld des Ersten Weltkrieges, beschleunigte sich der Emanzipationsprozeß der Deutschfreiburger. Eine weitere Etappe auf dem langsamen Aufstieg bildete die Gründung des *«Vereins für Heimatkunde des Sensebezirks und der benachbarten interessierten Landschaften»* im Jahre 1926[31]. Im Unterschied zum Geschichtsverein sprach der Heimatkundeverein das breite Volk an, stellte die Region ins Zentrum und kam den Bedürfnissen der Lehrer entgegen, die sich weniger für wissenschaftliche Abhandlungen als für volkskundliche Stoffe interessierten.

Die Kultur- und Sprachenkonflikte bewirkten ferner, daß die deutschsprachigen Freiburger ihre sprachlichen Benachteiligungen im Schulbereich und in den politischen Behörden aufheben wollten. Nun meldeten sie ihre Vertretungsansprüche mit Nachdruck an.

Die Gründung der *«konservativen Volkspartei Deutschfreiburgs»*[32] im Jahre 1919 führte zu keinem dauerhaften Erfolg, denn sie war das Produkt des Demokratisierungsschubes nach dem Ersten Weltkrieg und richtete sich in erster Linie gegen die Gründung von Bauernparteien. 1921 wurde die Volkswahl der Staatsräte eingeführt, womit die Konservativen zur Sicherung ihrer Vorherrschaft stärker auf die regionalen, konfessionellen und sprachlichen Minderheiten Rücksicht nehmen mußten.

Was den *Großen Rat* anging, saßen nach dem Ersten Weltkrieg nur noch wirkliche Sensler in der legislativen Behörde. Im Großen Rat bedienten sich die deutschsprachigen Parlamentarier überwiegend der französischen Sprache, um ihren Voten bei den frankophonen und meistens kaum deutsch verstehenden Kollegen größere Wirkung zu verleihen. Nach den Untersuchungen

[30] Vgl. Franz PETER, *Geschichte der akademischen Verbindung Alemannia 1895–1985,* Schüpfheim 1985, S. 38ff.

[31] Vgl. *Beiträge zur Heimatkunde,* hg. vom Verein für Heimatkunde des Sensebezirks und der benachbarten interessierten Landschaften 1 (1927).

[32] BOSCHUNG, *Sprachenfrage* (wie Anm. 3), S. 89f.; Markus HODEL, *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1918–1929,* Diss. phil. Universität Freiburg, Freiburg 1993.

von Jean-Claude Hayoz[33] begannen die Deutschfreiburger in den 1930er Jahren häufiger ihre Muttersprache zu verwenden, zumal dann, wenn sie sich zu Verkehrs- und Wirtschaftsfragen in der eigenen Region äußerten.

War die Vertretung Deutschfreiburgs im Großen Rat durch die Verfassung mehr oder weniger garantiert, blieb die *Regierung* jahrzehntelang eine Domäne der welschen Mehrheit. Nach dem Ersten Weltkrieg überließen die regierenden Konservativen einen Regierungssitz endgültig den Freisinnigen, die den *zweisprachigen Victor Buchs* von 1919 bis 1936 in die Regierung entsandten. Auch wenn Buchs französischer Muttersprache war, beherrschte er – teilweise in Murten aufgewachsen – deutsch perfekt. Vor dem Kantonsparlament sprach er hin und wieder deutsch, was die «Freiburger Nachrichten» 1919 zu einem Freudenausbruch veranlaßte: «Hr. Staatsrat Buchs sprach zur Freude aller Deutschfreiburger einiges in deutscher Sprache, nach unseren Erkundigungen ist es wohl seit Jahrzehnten das erste Mal, daß ein Staatsrat im Großen Rate Deutsch gesprochen hat»[34].

1936 wurde erstmals ein deutschsprachiger Sensler in der Person des bisherigen Oberamtmanns *Aloys Baeriswyl* zum Staatsrat gewählt. Seither war der Sensebezirk in der Regierung stets mit mindestens einem Mitglied vertreten – sofern man Staatsrat Marius Cottier, in Jaun aufgewachsen und mütterlicherseits ein Sensler, ebenfalls dem Sensebezirk zuordnen darf.

An der Spitze des gemischtsprachigen Seebezirks standen bis 1907 nur französischsprachige Oberamtmänner. Nachher bürgerte sich die Regelung ein, daß der Oberamtmann deutscher, der Stellvertreter französischer Zunge war oder umgekehrt. Im Saanebezirk mit der gemischtsprachigen Stadt Freiburg gab es bis heute nur französischsprachige Oberamtmänner.

Schlecht waren die Deutschfreiburger um 1900 auch in der Freiburger Abordnung für die *Eidgenössischen Räte* vertreten. Im 19. Jahrhundert findet man unter den Nationalräten einige we-

[33] Zur Deutschfreiburger Repräsentation in den politischen Ämtern vgl. HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem* (wie Anm. 2), S. 73ff.; BOSCHUNG, *Sprachenfrage,* S. 56ff.

[34] FN, 29. November 1919, zit. nach: HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem,* S. 93–94.

nige Abgeordnete aus dem Seebezirk. Wiederum zeigten sich die katholischen Sensler autoritätsgläubiger und schickten zum Beispiel den wohlwollenden Patrizier Arthur de Techtermann aus der Stadt von 1875 bis 1881 als ihren Abgeordneten nach Bern. Erst 1916 wählte das Freiburger Volk zum ersten Mal einen Sensler in die eidgenössische Volkskammer: den Überstorfer *Franz Boschung*. Seither besaßen die Sensler stets ein Mandat in der Freiburger Nationalrats-Deputation.

Da der Große Rat die beiden Freiburger Ständeräte bis 1972 in eigener Regie wählte, konnte die politische Klasse die Abordnung in die Ständekammer unter sich ausmachen. Bis 1960 saßen auf diese Weise stets zwei Konservative französischer Zunge in der Ständekammer.

Was die *alltägliche Stellung der deutschen Sprache in den Behörden* anging, war diese in der Zwischenkriegszeit eindeutig benachteiligt. Eine Anekdote mag dies illustrieren. Da der bereits erwähnte zweisprachige Staatsratspräsident Victor Buchs am Fest des Sängerbundes des Seebezirks 1928 seine Ansprache auf französisch und deutsch gehalten hatte, kam es in der Regierung zu Kritiken[35]. Wie die «Freiburger Nachrichten» berichteten, soll die Mehrheit des Staatsrates die Auffassung geäußert haben, daß ein freiburgischer Regierungsvertreter in offizieller Mission französisch sprechen müsse, da Freiburg ein französischer Kanton sei. Das veranlaßte die Zeitung zur Bemerkung, «daß nach unserer Meinung ein freibg. Regierungsvertreter auch in offizieller Mission deutsch reden darf, und zwar nicht nur im zweiten Teil, sondern ganz offiziell. (...) Was uns ... nicht gleichgültig sein kann, ist die bisherige Praxis, aus der man den Schluß ziehen muß, daß in offizieller Mission unbedingt französisch gesprochen werden muß. Wir lehnen diese Auffassung ab und stellen die Forderung auf, daß der Regierungsvertreter auch offiziell auf deutsch reden darf, wenn er will und wenn er kann...»[36].

Im Gesetzgebungsverfahren[37] wurde die deutsche Sprache diskriminiert, denn dieses lief normalerweise in französischer Sprache ab. Im Großen Rat wurde nur über die französische Fassung

[35] FN, 21. Mai 1928.
[36] FN, 26. Mai 1928.
[37] HAYOZ, *Sprachen- und Regionenproblem* (wie Anm. 2), S. 62ff. und 86ff.

der Gesetze abgestimmt. Die Voten der deutschsprachigen Großräte wurden, wenn sich diese überhaupt in ihrer Muttersprache zu äußern wagten, erst ab 1929 auf deutsch protokolliert. Seit 1932 wurden die Botschaften und Dekretsentwürfe an den Großen Rat auf deutsch übersetzt.

Der Stellenantritt von *René Binz als Staatskanzler* bildete ein einschneidendes Ereignis[38]. Binz wuchs in der Stadt Freiburg auf, war jedoch im Sensebezirk heimatberechtigt und – bei perfekten Französischkenntnissen – deutscher Muttersprache. Bereits 1924 hatte ihn der Staaatsrat zum «Vizekanzler-Übersetzer» ernannt. Damit erklomm ein Deutschsprachiger eine Spitzenposition in der Staatsverwaltung. 1933 wurde Binz zum Staatskanzler gewählt.

Diese Wahl brachte in der Zwischenkriegszeit eine wesentliche Verbesserung in der Sprachenpolitik der Freiburger Regierung. Bis 1931 war nämlich der Staatskalender ausschließlich auf französisch herausgekommen[39]. Selbst die Vornamen deutschsprachiger Großräte und ihre Wohnsitzgemeinden wurden in französischer Schreibweise publiziert. Das Amtsblatt hingegen erschien – konsequent für ein Publikationsorgan mit rechtlichen Folgen – zweisprachig auf deutsch und französisch.

Auch wenn der einzelne Freiburger grundsätzlich das Recht besaß, in seiner Muttersprache mit den Behörden zu verkehren, war dies in der Alltagspraxis nur eingeschränkt möglich, da viele Behördenmitglieder nicht oder zu wenig deutsch verstanden. Noch litten die Deutschfreiburger Katholiken unter ihrem Bildungsdefizit und ließen sich jahrzehntelang als brave Untertanen ihrer welschen Herren in Freiburg diese Diskriminierungen gefallen. Zunächst mußte aus ihren eigenen Reihen eine *selbstbewußte* kulturelle und politische Elite heranwachsen – ein Prozeß, der in der Zeit von 1920 bis 1945 in Gang kam.

[38] Ebenda, S. 117f.
[39] Ebenda, S. 67.

## *Dritte Phase 1945–1990: Rechtliche und praktische Gleichstellung der Sprachengemeinschaften*

Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die *Industrialisierung* in den 1950er und 1960er Jahren dem Kanton Freiburg ein stürmisches wirtschaftliches Wachstum[40]. Da die wirtschaftliche Expansion von den Zentren der deutschen Schweiz ausging, profitierten zunächst die deutschsprachigen Regionen vom Wirtschaftsboom. In der Folge beschleunigte sich der kulturelle und politische Aufstieg der Deutschfreiburger.

Im Herbst 1958 schrieb der Flamatter Arzt und Kulturpolitiker *Peter Boschung* einen Brief an alle kulturellen Vereinigungen Deutschfreiburgs und regte einen Arbeitsausschuß an, der «den heutigen Zustand der sprachlichen Verhältnisse im öffentlichen Leben» verbessern solle[41]. Am 15. Januar 1959 schlossen sich sechs Organisationen und interessierte Einzelpersonen zur *«Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft»* zusammen. Die Gründungsversammlung hieß eine Eingabe an den Staatsrat gut, in der sie auf Benachteiligungen der Deutschfreiburger in der Kantonsverwaltung, bei der Ausbildung der Lehrerinnen und bei kulturellen Veranstaltungen hinwies.

Am 3. Mai 1962 lancierte die Arbeitsgemeinschaft eine Petition und verlangte die Gleichberechtigung der deutschsprachigen Bürger. Die deutsche Amtssprache sollte der französischen gleichgestellt und das kantonale Sprachenrecht ergänzt werden. Doch der Staatsrat ließ sich Zeit und antwortete erst 1968 auf die Eingabe.

1968 veröffentlichte das Freiburger Institut eine Sprachencharta, ohne allerdings die Sprachenfrage wirklich voranzubringen. Der Vormarsch der deutschsprachigen Minderheit war aber nicht mehr aufzuhalten. 1960 kam mit Emil Zehnder ein weiterer

[40] Vgl. Anton BERTSCHY – Michel CHARRIÈRE, *Freiburg. Ein Kanton und seine Geschichte,* Freiburg 1991, S. 128ff.

[41] Peter BOSCHUNG, *Rückblick auf 30 Jahre Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft 1959–1989,* Freiburg 1989, S. 9 (= Schriftenreihe der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft 14). Zur DFAG vgl. diese Publikation.

Deutschsprachiger – diesmal aus dem Seebezirk – in den Staatsrat, womit die deutsche Minderheit *mit zwei Staatsräten endlich proportional zur Bevölkerungszahl* vertreten war. Von 1966 bis 1971 waren die Deutschsprachigen mit drei Staatsräten sogar für kurze Zeit übervertreten[42].

Im Jahre 1960 wurde mit dem Sensler Alfons Roggo erstmals ein Deutschsprachiger in den Ständerat gewählt[43]. 1968 entstand wieder eine Lücke, bis 1979 mit dem Sozialdemokraten Otto Piller erneut ein Sensler in den Ständerat entsandt wurde. Seit 1987 besteht die unerwartete Situation, daß der Kanton zwei Freiburger Ständeräte deutscher Zunge in die kleine Kammer abordnet: den Sensler Otto Piller und den Jauner Anton Cottier. Ständerat Cottier spricht allerdings in Bern in der Regel französisch.

Am meisten zu reden gab in den 1980er Jahren *die Sprachenpraxis von Behörden und Regierung*. Die Klagen, die während der Zwischenkriegszeit und in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg noch zurückhaltend vorgebracht worden waren, wurden nun energischer formuliert. Die Deutschsprachigen forderten ihre Gleichstellung im zweisprachigen Kanton Freiburg.

Am 18. November 1982 überwies der Freiburger Große Rat eine Motion des sozialdemokratischen Sensler Abgeordneten Erwin Jutzet über die Sprachengleichheit[44]. Jutzet verlangte die Modifikation des Sprachenartikels in der Staatsverfassung.

1984 sprach sich der Staatsrat gegen die verfassungsmäßige Verankerung der Sprachenfreiheit aus, da diese durch das Territorialitätsprinzip beschränkt sei. Hingegen befürwortete er die verfassungsmäßige Anerkennung der beiden Sprachen als offizielle Amtssprachen.

Nachdem der Große Rat am 17. Mai 1990 dem neuen Sprachenartikel zugestimmt und das Volk am 23. September 1990 die Vorlage angenommen haben, sind Französisch und Deutsch

[42] Boschung, *Sprachenfrage* (wie Anm. 3), S. 61.

[43] Peter Boschung, *Freiburger Lesebuch. Glossen - Aufsätze - Gespräche,* Freiburg 1991, S. 19ff.

[44] Vgl. Ernest Weibel, *Institutions politiques romandes. Les mécanismes institutionnels et politiques des cantons romands et du Jura bernois,* Fribourg 1990, S. 9f.

heute gleichberechtigte Amtssprachen des Kantons Freiburg[45]. Gesetze, Dekrete und Beschlüsse sind in beiden Sprachen zu veröffentlichen

Damit beruhigte sich die Atmosphäre. Allerdings machen sich die Deutschsprachigen nun auf den langen Marsch durch die Institutionen, um dem neuen Sprachenartikel praktisches Leben einzuhauchen. Im Sommer 1991 wurden in der Freiburger Altstadt da und dort zweisprachige *Straßenschilder* aufgehängt. Im weiteren sind Bestrebungen im Gange, auch am Bahnhof die offizielle Doppelbezeichnung Fribourg/Freiburg anzubringen.

## *Zehn Thesen*

Versuchen wir am Schluß dieses Essays eine erste Bilanz zu ziehen, die freilich keine Vollständigkeit für sich beansprucht.

1. Der *Emanzipationsprozeß* der Deutschfreiburger dauert nun *rund hundert Jahre*. Dabei sind deutliche Unterschiede zwischen den katholischen und den protestantischen Deutschfreiburgern festzustellen.

Die *evangelisch-reformierten* Murtenbieter vermochten ihre kulturelle Identität schon im 19. Jahrhundert besser abzugrenzen und führten im großmehrheitlich katholischen Kanton weitgehend ein Eigenleben. Ihre Opposition gegen Freiburg führte im 19. Jahrhundert zu Separationsbewegungen, die erst gegen die Jahrhundertwende an Schwung verloren. Das Murtenbiet blieb bis heute stärker nach dem protestantischen und deutschsprachigen Bern als nach dem katholischen und mehrheitlich welschen Freiburg ausgerichtet.

Schwieriger hatten es die *katholischen* Deutschfreiburger, die zwar mit der politischen und kirchlichen Elite ihres Kantons im Kampf gegen den national-liberalen Zeitgeist und den freisinnig beherrschten Bundesstaat einig waren, aber dadurch ihre sprach-

[45] Vgl. *Offizielle Botschaft zur kantonalen Volksabstimmung vom 23. September 1990 zur Änderung des Artikels 21 der Staatsverfassung.*

liche Identität nicht recht entwickeln konnten. Die *Sensler* sahen sich von 1850 bis 1950 einem *Zweifronten-Konflikt* ausgesetzt, bei dem sie ständig hintan gesetzt wurden. Von den reformierten Berner Nachbarn waren sie als Katholiken verachtet; und von ihren welschen Kantonsbürgern als Deutschsprechende geringgeschätzt. Dieser doppelte Druck aus Bern und Freiburg machte das Leben der Sensler so schwierig.

2. Die *gemeinsame Religion* der welschen Regierungsmehrheit mit den deutschsprachigen Senslern und Stadtfreiburgern bildete das Amalgam, das den zweisprachigen Kanton zusammenkettete. Ohne die gemeinsame Weltanschauung und *Partei des politischen Katholizismus* wäre der Minderheitenkonflikt früher ausgebrochen.

3. Die bürgerlich-liberale Revolution von 1848 brachte eine politische Klasse freisinnig- und dann christlich-demokratischer Ausrichtung an die Macht, die im Gegensatz zur untergegangenen Aristokratie die deutsche Sprache als ein Kennzeichen des Ancien Régime betrachtete und *das Französische als Sprache der neuen Republik* ansah. Die Sprache der Regierung war von 1848 bis zum Ersten Weltkrieg eindeutig französisch.

4. Die Gesellschaft folgte der politischen Macht hinterher und verschob in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Gewicht beharrlich zugunsten der französischen Sprache. Im Einzelfall leitete die *Eheschließung* den Sprachenwandel in der Familie ein, der dann in der *Schule* besiegelt wurde. Hören wir dazu nochmals den Historiker Albert Büchi aus dem Jahre 1896: «Im allgemeinen bestimmt die Mutter die Nationalität und Sprache der folgenden Generationen; weil die im Freiburgischen zahlreich einwandernden Deutschen sich meist welsche Frauen holen, macht die Germanisation keine Fortschritte. Die Protestanten sind weit weniger der Gefahr ausgesetzt zu verwelschen wegen des kirchlichen Verbandes und der konfessionellen Schule, welche fast ausnahmslos deutsch ist, während der Katholik, vor die Wahl gestellt, sich für die katholische französische Schule oder die deutsche protestantische zu entscheiden, in der Regel der ersteren den Vorzug geben und dadurch seine Kinder französisch erziehen wird. Gegen die Einflüsse der Schule kann nur die Spracheinheit in der Familie einen Damm bilden; wo die Eltern verschiedener Nationalität sind, wird die Mutter in erster Linie, der sprachliche

Charakter der Schule aber in zweiter Linie ausschlaggebend sein, für die Sprache der Nachkommenschaft»[46].

5. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts organisierten unter der Führung der «Association de Pie IX» der katholische Klerus und die konservative Regierung das kirchentreue Freiburger Volk in einer straffen katholisch-konservativen Sondergesellschaft. Die ultramontane Bewegung erfaßte auch die deutschsprachige Bevölkerung.

Auch wenn die Vereinsgründungen von Geistlichen ausgingen und religiös-kirchliche Anliegen damit im Vordergrund standen, weckte die Vereinsbewegung brachliegende Kräfte der deutschen Volkskultur auf. Im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert erweiterte die Vereinsbewegung ihre Massenbasis und mobilisierte die Deutschfreiburger. *Männerverein, Geschichtsverein und Heimatkundeverein* leisteten die *kulturelle Vorarbeit*, auf der später – nach 1950 – die politische Mobilisierung mit den Mitteln der Zeitungen, der Petitionen und des Wahlrechts erfolgen konnte.

6. Die Emanzipation der katholischen Deutschfreiburger wäre langsamer erfolgt, wenn nicht 1889 die *Universität* als zweisprachige Bildungsinstitution in der Stadt Freiburg gegründet worden wäre. Das geistige Gewicht und das Ansehen der universitären Gemeinschaft stärkten der deutschsprachigen Minderheit den Rücken.

7. Waren die *Pioniere* des deutschsprachigen Kulturkampfes zunächst *Geistliche und Universitätsprofessoren*, so wuchsen *nach* dem Ersten Weltkrieg aus dem See- und Sensebezirk einheimische politische Wortführer heran. Mit Hilfe dieser politischen Eliten gelang es seit den *späten 1950er Jahren* eine populäre *Basisbewegung* auszulösen, die den kulturellen, sozialen und politischen Aufstieg Deutschfreiburgs zum Ziel hatte.

8. In dieser letzten Phase förderte die rasch voranschreitende Industrialisierung die sachte Loslösung der Sensler von ihrem Hauptort und dessen politischer Klasse. In den *1980er Jahren*

[46] Albert Büchi, *Die historische Sprachgrenze im Kanton Freiburg,* in: FG 3 (1896), S. 52, zit. nach: Hayoz, *Sprachen- und Regionenproblem* (wie Anm. 2), S. 17.

forderte die *selbstbewußt gewordene Minderheit* die Gleichberechtigung und Gleichstellung ihrer deutschen Muttersprache im zweisprachigen Kanton ein.

9. Die *Erosion des katholischen Milieus*, das die katholisch-konservativen Teile der beiden Sprachengemeinschaften zusammenhielt, setzte erst in den 1960er Jahren ein. Wäre der Säkularisierungsprozeß schon nach dem Ersten Weltkrieg erfolgt, hätte dies zu einer Verstärkung der zentrifugalen Kräfte im Kanton und damit möglicherweise wie im (Nord)Jura des Kantons Bern zu Separationsbewegungen geführt.

10. Die *Ungleichzeitigkeiten der religiösen, politischen und sprachlichen Gegensätze* dämpften die Minderheitenkonflikte im Kanton Freiburg. Wie in der Schweiz neutralisierten die einander überlagernden Kraftfelder die Sprachenfrage.

Damit sind wir in der Gegenwart angelangt. Was nun noch bleibt, ist die *faktische* Gleichstellung im Alltag. Das kann nicht das Werk von Dekreten und Gesetzen sein, denn dazu braucht es Toleranz; und vor allem das Verständnis, daß die Zweisprachigkeit Freiburgs für alle – ob deutsch oder welsch – letztlich eine Chance und nicht eine Last darstellt.

Sprache ist Heimat. Wenn dem so ist, ist Deutschfreiburg nach einem langen Reifungs- und Emanzipationsprozeß auf besten Wegen, seine (fast) verlorene Heimat im mehrsprachigen Freiburgerland wiederzufinden.